

Haushaltsrede zum Haushalt 2015 – 18.12.2014 Bezirkstag Untrfranken

Sehr geehrte Herren Präsidenten, Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich Herrn Klingert und seinem Team ein großes Lob und Dankeschön aussprechen, denn die Erarbeitung des Haushaltes für den Bezirk und seine Einrichtungen ist mehr als eine Fleißarbeit.

Ich sehe es als überaus positiv an, dass wir auch 2015 alle Ausgaben ohne neue Kreditaufnahmen stemmen können.

Allerdings kann ich überhaupt nicht verstehen, dass man nach der großen Senkung des Hebesatzes im vergangenen Jahr diesen nun nochmals um 1 % auf 18 % absenkt.

Sicher ist es richtig, dass wir zurzeit noch genügend Rücklagen haben, sicher ist es auch richtig, dass die Landkreise so mit der Zahlung eines geringeren Hebesatzes ihre Haushalte besser aufstellen können und evtl. von Schuldenaufnahmen absehen können.

Allerdings ist Tatsache, dass wir dadurch im Jahr 2015 aus der allgemeinen Rücklage immerhin 12,2 Millionen Euro entnehmen müssen. Das sind allein 1,2 Millionen Euro mehr durch die Reduzierung von 18,1 auf jetzt 18 %.

Unter dem Gesichtspunkt, dass in den Folgejahren die Kosten im Sozialhaushalt weiter ansteigen werden, kann ich die Auffassung, dass wir auch künftig ohne Neuverschuldung auskommen werden, nicht unbedingt teilen.

Wir alle wissen, dass die Fallzahlen für Sozialhilfeempfänger, psychisch kranke und behinderte Menschen, für behinderte Kinder und Jugendliche, für Suchtkranke und nicht zuletzt für die Inklusion weiter ansteigen werden.

Allein in unseren Heimen ist auch in den Folgejahren kräftig zu investieren, wenn wir das Pflege- und Wohnqualitätsgesetz realisieren wollen.

D.h. wie wir alle wissen, 75 % Einzelzimmer – 400 Millionen Euro an Investitionen. Dazu stellt sich für mich die Frage, wenn die Bettenanzahl dadurch sinkt, und das wird sie ja, wohin dann mit dem immer weiter steigenden Bedarf, mit den immer mehr Menschen, die unsere Hilfe benötigen?

Also für mich steht fest, wenn wir auch künftig in Unterfranken auf diesem Gebiet unsere Aufgaben erfüllen wollen, brauchen wir ein Vielfaches mehr an finanziellen Mitteln. Und was kommt, wenn die Wirtschaft wieder einen Einbruch erlangt, auch der Bezirk und die Landkreise werden davon betroffen sein und dann sieht es mit dem Geld schon recht mau aus. Dann sind einige Millionen an Rücklagen schnell aufgebraucht. Und unter diesem Gesichtspunkt habe ich mir ernsthaft überlegt, ob ich dem Haushalt 2015 so zustimmen kann.

Ich werde heute zustimmen, aber unter dem Gesichtspunkt, dass im nächsten Jahr die Probleme ihre Berücksichtigung finden müssen.

Ein anderes Problem möchte ich anschneiden und dieses ist im letzten Bezirksausschuss bereits diskutiert worden, nämlich dass wir überlegen müssen, für Kinder und Jugendliche eine eigene Psychiatrieeinrichtung zu schaffen. Warum, wissen wir alle.

Deswegen verstehe ich nicht, warum der Beschluss der Strukturkommission dazu heute nicht dem Bezirkstag zur Diskussion und zur Beschlussfassung vorliegt. Ich halte es für überaus wichtig, diese Bedarfsanalyse zu machen, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Begrüßenswert ist, dass durchlaufende Investitionen ein Ansteigen der Bettenzahlen im psychiatrischen Bereich erreicht wird, wie z.B. durch die Maßnahme in Aschaffenburg. Ich gehe davon aus, dass dies in den nächsten Jahren nicht die letzten Maßnahmen sein werden, die wir zu realisieren haben.

Ein weiterer und letzter Punkt, den ich darlegen möchte, ist die seit Monaten auf uns zurollende Flüchtlingswelle.

Im Bezirksausschuss wurde bei der Frage, welche Kosten insbesondere für die Unterbringung Minderjähriger, die ohne Begleitung unterwegs sind, auf uns zukommen davon ausgegangen, dass diese Mittel vom Freistaat kommen und durch ihn ein Antrag an die Bundesregierung gestellt wurde.

Trotzdem entstehen hier ja täglich Kosten und diese müssen wir als Bezirk ja wahrscheinlich vorstrecken.

Meine Frage dazu:

Aus welcher Position wird das bezahlt und wie entwickeln sich diese Zahlen in naher Zukunft?

Denn solange noch der Antrag läuft, kann doch nicht davon ausgegangen werden, dass wir das Geld auch bekommen und selbst wenn, stellt sich die Frage, wann wir das Geld bekommen.

In diesem Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik möchte ich hierzu einen Denkanstoß geben:

Es ist ja so, dass z.B. auch in Unterfranken Flüchtlingsunterkünfte qualitativ recht unterschiedlich sind, um nicht zu sagen, in einem sehr schlechten Zustand. Meine Aussage basiert auf der Grundlage der Untersuchung des bayrischen Flüchtlingsrates, der im Oktober im gesamten Freistaat die Unterkünfte unter die Lupe genommen hat.

Der Bezirk ist zwar nur zu Leistungen verpflichtet, wenn auch hier die Sozialhilfe greift, aber ich denke, es kann doch kein Fehler sein, wenn wir als Bezirk im Rahmen von freiwilligen Leistungen zur Verbesserung der Lebens-

Qualität dieser Menschen beitragen würden.

Es wäre meines Erachtens nach gut, wenn wir in der nächsten Bezirkstagssitzung dazu eine Diskussionsrunde mit anschließender Beschlussfassung auf die Tagesordnung setzen würden.